

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Inhaltsverzeichnis.....	VII
Einleitung und Problemdarstellung.....	1
I. Problemdarstellung	1
II. Verhältnisanalyse	2
1. Staat - Politische Parteien – Volk	2
2. Staat-Medien – Volk	3
3. Politische Parteien – Medien.....	3
III. Stand der Probleme, Ziel der Forschung und Gang der Untersuchung.....	4
A. Beteiligungen der Bundestagsparteien an Medienunternehmen.....	5
I. SPD und ihre Medienunternehmen	5
II. CDU und ihre Erlebnisse mit Presse	8
III. CSU und ihre Presse.....	10
IV. FDP und Presse.....	10
V. Die Linke und ihre kurze Geschichte.....	12
VI. Zwischenergebnis:.....	13
B. Rechtliche Möglichkeit und verfassungsrechtliche Zulässigkeit für Parteien als Eigentümer von Medien.....	14
I. Rechtliche Möglichkeiten für Parteien als Eigentümer von Medien	14
1. Mitwirkung bei der politischen Willensbildung des Volks durch die politischen Parteien	14
a). Parteien im Zivilrecht und Verfassungsrecht	14
(1). Doppelrolle der politischen Parteien	14
(2). Definition und Abgrenzung	14
b). Politische Parteien im Zivilrecht.....	16
(1). Politische Parteien als Vereine des BGB	16
(2). Politische Parteien - Keine juristische Person des öffentlichen Rechts	16
(3). Zwischenergebnis	18
c). Politische Parteien im Grundgesetz	19
(1). Sonderstellung der politischen Parteien im Grundgesetz	19
(a). Funktionen und Aufgabe der politischen Parteien.....	19
(i). Mitwirkung bei der politischen Willensbildung des Volkes	19
(ii). Mitwirkung an der staatlichen Willensbildung	20
(iii). Teilhabe an der öffentlichen Meinung.....	21
(iv). politische Bildung.....	22
(b). Politische Parteien im Grundgesetz.....	23
(i). Verfassungsrechtliche Stellung der politischen Parteien	23
(ii). Politische Parteien im Prozess.....	23
(c). Zwischenergebnis	24
(2). Problematische Finanzmittel der politischen Parteien.....	25
(a). Beschränkte Finanzmittel	25
(i). Begrenzte staatlichen Finanzierung.....	25
(ii). Probleme der mittelbaren Parteifinanzierung.....	26

(iii). Zwischenergebnis.....	27
(b). Die Vereinbarkeit der Medienbeteiligung der politischen Parteien mit dem Grundsatz der Chancengleichheit	28
(i). Literaturstreit hierzu	28
(ii). Stellungnahme	29
(c). Zwischenergebnis	30
2. Der Vertreter der Öffentlichen Meinung - Massenmedien.....	31
a). Öffentliche Meinung und ihr Verhältnis zu den Massenmedien	32
(1). Begriff der öffentlichen Meinung	32
(a). Zwei Konzepte der öffentlichen Meinung	32
(b). Öffentliche Meinung - „bewegliche, beeinflussbare Meinungen'	33
(2). Wechselspiel von Massenmedien und öffentlicher Meinung	34
b). Begriff der Massenmedien und ihr Umfang	35
(1). Begriff der Massenmedien.....	35
(2). Umfang der Massenmedien	35
(a). Presse	35
(b). Rundfunk	35
(c). Film.....	36
(d). Neue Medien.....	36
(3). Politische Funktionen der Massenmedien	36
(a). Verbreitung der Informationen.....	37
(b). Einflüsse auf Meinungsbildung.....	38
(c). Ausübung der Kritik und Kontrolle	38
(d). Soziale Funktionen der Medien.....	39
(i). Soziale Orientierung / Beitrag zur Integration	39
(ii). Funktion der Unterhaltung	39
(iii). Funktionen der Bildung und Erziehung	40
II. Prüfung der Zulässigkeit von Parteien als Eigentümer der Medien unter Berücksichtigung der Verfassungsprinzipien	40
1. Grundrechtsschutz der politischen Parteien im Fall ihrer Beteiligung an den Presseunternehmen	40
a). Politische Parteien als Grundrechtsträgerinnen	40
(1). Grundrechtsfähigkeit von politischen Parteien.....	40
(2). Das Verhältnis von Art. 21 GG zu den Grundrechten	41
(a). Unterschiedliche Ansichten zum Thema „Art. 21 GG als Grundrecht der Parteien“ in der Literatur	41
(b). Stellungnahme	42
(c). Die Modifikation von Art. 21 GG zu den Grundrechten	43
(i). Prägung des Art. 21 GG auf die Grundrechte der Parteien im Fall ihrer Beteiligungen an Presseunternehmen.....	43
(ii). Verhältnis des Art. 21 GG zu Art. 2 I GG.....	44
(iii). Verhältnis des Art. 21 GG zu Art. 3 I GG.....	45
(iv) Verhältnis des Art. 21 GG zu anderen Grundrechten	46
b). Die anwendbaren Grundrechte der politischen Parteien im Fall ihrer Beteiligung an der Presseunternehmen.....	47
(1). Konkurrenz zwischen anwendbaren Grundrechten der Parteien im	

Fall ihrer Beteiligung an Presseunternehmen.....	47
(2). Schutz der Meinungsfreiheit politischer Parteien durch Art. 5 I 1 GG	48
(a). Die Parteien als Träger des Grundrechts der	
Meinungsäußerungsfreiheit (Art. 5 I 1 Var. 1 GG).....	49
(i). Inhalt der Gewährleistung	49
(aa). Sachlicher Schutzbereich	49
(bb). Schranke der Meinungsäußerungsfreiheit	49
(ii). Anwendbarkeit auf politische Parteien.....	50
(b). Die Parteien als Träger des Grundrechts der Pressefreiheit	
(Art. 5 I 2 Var. 1 GG).....	50
(i). Anwendbarkeit des Art. 5 I 2 Var. 1 GG im Fall	
der Pressebeteiligung durch Parteien	51
(aa). Literaturstreit.....	51
(bb). Stellungnahme	52
(ii). Art. 5 I 2 GG als objektive Grundsatznorm.....	53
(aa). Schutz der Staatsfreiheit der Presse	54
(bb). Gewährleistung der Meinungsvielfalt	54
(cc). Institutionelle Eigenständigkeit.....	55
(iii). Schutzbereich der Pressefreiheit	56
(aa). Sachlicher Schutzbereich der Pressefreiheit	56
(bb). Grundrechtsträger der Pressefreiheit	56
(cc). Zwischenergebnis.....	57
(iv). Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der Beschränkungen in	
Art. 5 II GG	58
(aa). Parteien als Adressaten der Staatsfreiheit der Presse ?	58
(bb). Allgemeine Schranken nach Art. 5 II GG.....	59
(cc). Verhältnismäßigkeit der Beschränkung der Tätigkeit	
der politischen Parteien im Fall ihrer Medienbeteiligung	59
(aaa). Mögliche Eingriffe in der Tätigkeit der Parteien	
bei Pressebeteiligungen	59
(bbb). Überprüfung der Verhältnismäßigkeit	60
(v). Fazit	61
(3). Schutz der unternehmerischen Tätigkeit der Parteien im Grundgesetz.....	62
(a). Politischen Parteien als Vermögensträger und ihre	
unternehmerische Aktivität	62
(i). politische Parteien als Vermögensträger.....	62
(ii). Eigentumsfähigkeit und wirtschaftliche Tätigkeit der	
politischen Parteien	63
(b). Schutz der Berufsfreiheit der Parteien durch Art. 12 I GG	65
(i). Anwendbarkeit des Art. 12 I GG im Fall der Medienbeteiligung	
der Parteien	65
(aa). Gegensätzliche Ansichten in der Literatur.....	65
(bb). Stellungnahme	66
(ii). Schutzbereich des Art. 12 I GG.....	67
(aa). Unternehmerische Tätigkeit als Schutzgut des Art. 12 I GG	67
(bb). Persönlicher Schutzbereich.....	68

(cc). Zwischenergebnis.....	68
(iii). Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der Beschränkungen des Art. 12 I GG	68
(aa). Schranken der Berufsfreiheit und Beschränkung der Berufsfreiheit der Parteien als Presseunternehmer	68
(bb). Mögliche Eingriffe und die Verhältnismäßigkeit	69
(iv). Fazit	70
(c). Schutz der Eigentumsfreiheit.....	70
der Parteien durch Art. 14 I GG	70
(i). Anwendbarkeit des Art. 14 I GG auf Parteienbeteiligung an der Presse.....	70
(aa). Literaturstreit.....	70
(bb). Stellungnahme	71
(ii). Sachlicher Schutzbereich des Art. 14 I GG.....	72
(aa). Allgemein geschützte Rechtspositionen.....	72
(bb). Politische Parteien als Eigentümer der geschützten Positionen	73
(iii). Schranken des Art. 14 GG.....	74
(aa). Allgemeine Schranken	74
(bb). Besondere Schranken für Beteiligungspresseunternehmen der politischen Parteien	75
(iv). Verfassungsrechtliche Rechtfertigungen der Beschränkung des Art. 14 I GG	75
(v). Fazit	76
c). Gleichheitsschutz der Presseunternehmen mit Parteibeteiligung nach dem allgemeinen Gleichheitssatz in Art. 3 I GG.....	76
(1). Presseunternehmen mit Parteibeteiligung als Grundrechtsträger	77
(2). Schranken für die Presseunternehmen mit Parteibeteiligung	77
(a). Ungleichbehandlung/ Gleichbehandlung.....	77
(b). Rechtfertigung der Ungleichbehandlungen durch Differenzierungsgründe.....	79
(3). Fazit	80
d). Die Verhältnisse zwischen den anwendbaren Grundrechten	80
(1). Anhaltspunkte der Grundrechtsschutzbereiche	80
(2). Anhaltspunkte der Grundrechtsschranken	82
2. Prüfung der Vereinbarkeit mit dem Demokratieprinzip des Grundgesetzes	83
a). Politische Meinungsbildung in einer demokratischen Gesellschaft.....	83
(1).Volkswillen, öffentliche Meinung, politische Willensbildung des Volkes und Volkswahl	83
(2). Meinungsbildung in der Mediengesellschaft.....	84
(a). Öffentliche Aufgabe der Medien in der Demokratie	84
(b). Einfluss der Massenmedien auf die öffentlichen Meinung und die Willensbildung des Individuums	84
(c). Zwischenergebnis	86
(3). Politische Kommunikation mit Massenmedien.....	86
b). Vereinbarkeit mit dem Demokratieprinzip im Fall der Medienbeteiligung.....	87

der Parteien	87
(1). Unterschied zwischen Staat und Gesellschaft	87
(2). Politische Willensbildung in einer demokratischen Gesellschaft	88
(a). Politischer Willensbildung von „Volk nach Staat“	88
(b). Die Rolle der politischen Parteien im Willensbildungsprozess des Volks	89
(3). Bedeutung der Meinungsvielfalt und Staatsfreiheit der Medien für die Demokratie	90
(a). Besonderheit der Medien	90
(i). Medien als Wirtschaftsteilnehmer in der Marktwirtschaft	90
(ii). Die sozialen Verpflichtungen der Medien in einer demokratischen Gesellschaft	91
(b). Bedeutung der Meinungsvielfalt für die Demokratie	92
(c). Die Bedeutung der staatsfreien Medien für die Demokratie	93
(4). Zwischenergebnis	93
C. Rechtspolitische Vorschläge zur Regelung der Pressebeteiligung politischer Parteien	95
I. Mechanismen zum Schutz der Meinungsvielfalt	95
1. Gesetzgebungskompetenz	95
2. Vorschriften zum Schutz der Medienvielfalt	96
a). Kartellrechtliche Vorschriften	96
b). Europäische Fusionskontrolle zum Schutz der Medienvielfalt	97
c). Medienrechtliche Konzentrationskontrolle	98
1. Kein Pressemonopol politischer Parteien	98
a). Die Tendenz der Pressekonzentration in Deutschland	98
b). Keine Medienkonzentration durch die Parteien	99
(1). Die Verletzung der Meinungsvielfalt und des Wettbewerbs durch Medienkonzentration	99
(2). Keine Medienkonzentration durch die Parteien	101
c). Zwischenergebnis	101
2. Beschränkende Tätigkeit der politischen Parteien auf dem Pressemarkt	102
a). Keine Einflussnahme der Parteien in der Presse	102
b). Wirkung auf politische Willensbildung des Volkes durch Parteipresse und Öffentlichkeitsarbeit	103
3. Beschränkung der Pressebeteiligung politischer Parteien	104
a). Grenzen der Rundfunkbeteiligung der politischen Parteien durch das aktuelle Urteil des BVerfG	104
b). Zwischenergebnis	105
c). Kennzeichnungspflicht und Beschränkungsmöglichkeiten	106
D. Zusammenfassung der Ergebnisse	108
Tabelle	114
Literaturverzeichnis	125